



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

# STGF

über die  
1. Sitzung des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses  
am Dienstag, dem 10.05.2022  
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 20:20 Uhr

Anwesend

## SPD

Herr Denis Aschhoff  
Frau Bärbel Filthaut  
Herr Klaus Gödecker  
Frau Christiane Klanke  
Frau Wiebke Kramer  
Frau Brigitte Langer  
Frau Ulrike Skodd

## CDU

Herr Rainer Fuhrmann  
Herr Wilhelm Kemna  
Frau Dr. Petra Kleinz  
Frau Birgit Oppel  
Frau Helga Pszolka  
Herr Ernst-Dieter Standop

## Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Christina Kollmann  
Frau Manuela Laßen  
Frau Tanja Wronski

## FW Kamen

Herr Ulrich Müller

## DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

## FDP

Herr Klaus Hößl

#### Sachverständige

Herr Helmut Brand  
Frau Daniela Brock  
Frau Gertrud Haermeyer  
Frau Gabriele Hartleif-Müller  
Frau Petra Jung  
Herr Manfred Scholz

#### Verwaltung

Marina Dörmann  
Herr Andreas Eichler  
Herr Willi Präkelt  
Frau Hanna Schulze

#### Gäste

Herr Bauer, LSBTIQ

#### Entschuldigt fehlten

Herr Mehmet Akca  
Frau Alexandra Bartosch  
Herr Oliver Bartosch  
Frau Martina Dulleck-Blumenröhr  
Frau Carina Feige  
Herr Heinz Detlef Klafke  
Frau Heike Roß  
Frau Kerstin Schneider  
Frau Frauke van Lück  
Frau Gisela Windmüller  
Herr Jörg Wüster

### A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Bestellung einer/eines Schriftführerin/Schriftführers	033/2022
3	Formate und Räume schaffen für Bedarfe der LSBTIQ-Community in Kamen	
4	Integrationskonzept	039/2022
5	Schutzsuchende aus der Ukraine in Kamen hier: Bericht der Verwaltung	
6	Energiekosten als Problem für Menschen mit geringem Einkommen hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE / GAL	
7	Anregungen aus den Behindertenverbänden	
8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt

Zu TOP 2.  
033/2022

Bestellung einer/eines Schriftführerin/Schriftführers

### **Beschluss:**

Der Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschuss bestellt für die Dauer der laufenden Wahlperiode Frau Marina Dörmann (Städt. Verwaltungsrätin) zur Schriftführerin und Frau Hanna Schulze (Beigeordnete) zur stellvertretenden Schriftführerin.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Formate und Räume schaffen für Bedarfe der LSBTIQ-Community in Kamen

Zum Thema trug vor Herr Frank **Bauer**, Vorstandsmitglied Lesben- und Schwulenverband in Deutschland NRW (LSVD). Der LSVD entstand 1999 aus einer Erweiterung des Schwulenverbands Deutschland (SVD). Der Verband vertritt aber auch sämtliche LSBTIQ-Interessen. Die Notwendigkeit des Handelns des LSVD ergebe sich unter anderem daraus, dass in der Bundesrepublik seit den 80er Jahren ein Transsexuellengesetz existiere, welches in Teilen als verfassungswidrig eingestuft wurde.

Herr Bauer schilderte Erfahrungen aus seinem täglichen Leben, die Einstellung der Gesellschaft zur LTBTIQ-Community sowie seine Erwartungen an die Gesellschaft.

Er zeigte sich erfreut über die Einladung in eine mittlere kreisangehörige Stadt, da nach seiner Auffassung das Thema nicht nur in den Großstädten behandelt werden dürfe, sondern auch in die Fläche gebracht werden müsse.

Der Internetauftritt des LDSV biete Kontakte und Informationen zu unterschiedlichen Gruppen und Projekten des LDSV.

Herr **Grosch** wies darauf hin, dass an der Gesamtschule zu diesem Themenkomplex Fortbildungen angeboten werden.

Frau **Jung** äußerte ihre Verwunderung darüber, dass im Internet häufig gerade junge Leute Hasskommentare abgeben würden.

Zu TOP 4.  
039/2022

Integrationskonzept

Frau **Schulze** wies darauf hin, dass man sich im Integrationsrat und auch diesem Gremium mit dem Thema beschäftigt habe. Sie sei außerdem dankbar für Änderungs- und Ergänzungsvorschläge. Teilweise seien Vorschläge schon umgesetzt worden. Es handle sich weiterhin um ein Konzept, für das sie in der heutigen Sitzung um Zustimmung bitte. Für den Fall der Zustimmung sei die Erstellung eines Flyers mit allen Akteuren und Kontaktdaten geplant.

Frau **Pszolka** bewertete das Konzept als sehr gelungen. Der Ist-Zustand sei sowohl in Form als auch Struktur gut eingefangen. Das Konzept sei in sich schlüssig und konsistent.

Im Namen der SPD-Fraktion wies Frau **Skodd** darauf hin, dass das Konzept in einem fließenden Prozess weiterbearbeitet würde. Sie bedankte sich dafür, dass die Verwaltung dem Wunsch der Fraktion nach Erstellung eines Flyers nachkommen wolle und stimmte dem Konzept zu.

Herr **Grosch** wies darauf hin, dass seitens Bündnis90/Die Grünen eine dreiseitige Stellungnahme mit Vorschlägen eingereicht worden sei. Teilweise seien die Vorschläge umgesetzt worden. Nicht einverstanden sei er nach wie vor mit der Bewertung der Rolle der Schulen in dem Konzept. Weiterhin wies er auf seiner Meinung nach vorhandene Defizite in Bezug auf Finanzen und Unterbringung hin. Er wolle jedoch dem vorgelegten Konzept zustimmen.

Herr **Kemna** wies auf die Notwendigkeit der kontinuierlichen Weiterentwicklung hin. Seine Fraktion stimme dem Konzept zu.

Herr **Grosch** meinte, dass die Beschäftigung eines Integrationsbeauftragten notwendig sei. Nach seiner Erfahrung würde in den Kommunen, die solches Personal beschäftigen, mehr angestoßen.

Frau **Schulze** wies darauf hin, dass sie weiterhin gerne bereit für Anpassungen und man mit der Diskussion noch nicht am Ende sei. Sie bat den Ausschuss um Zustimmung zum Konzept.

### **Beschlussempfehlung:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt das Integrationskonzept für die Stadt Kamen in der vorgelegten, aktualisierten Fassung.

Die Verwaltung wird beauftragt, die daraus hervorgehenden Maßnahmen zielgerichtet weiterzuentwickeln und umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig angenommen

#### Zu TOP 5.

Schutzsuchende aus der Ukraine in Kamen  
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Eichler** teilte mit dass mit Stand 06. Mai in Kamen 358 Personen um Hilfe gebeten hätten. Die Hilfesuchenden seine entweder per Zuweisung durch die Bezirksregierung oder durch das Vorhandensein privater Kontakte in Kamen angekommen. In den letzten zwei Wochen vor der Sitzung sei die Zahl der ankommenden Personen nicht mehr so stark angestiegen. Dankenswerterweise habe die Arbeit der ehrenamtlich Tätigen von jetzt auf gleich wieder funktioniert. In Bezug auf die Unterbringung der Flüchtlinge sei die Anmietung von Wohnraum intensiviert worden; jedoch haben der Druck und die Dynamik es nötig gemacht, Unterbringung auch in den Gemeinschaftsunterkünften vorzunehmen.

Herr Eichler stellte Zahlenmaterial vor, welches der Niederschrift in Kopie beigefügt ist.

Frau **Dörmann** erläuterte, unter welchen Voraussetzungen zum 01. Juni der Rechtskreiswechsel vom Asylbewerberleistungsgesetz hin zum Sozialgesetzbuch erfolge.

Frau **Schulze** wies darauf hin, dass auch nach dem 01. Juni die von der Stadt Kamen vorgehaltenen Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stünden.

Frau **Dr. Klein** teilte mit, dass über den Internetauftritt kamen-hilft eingereichte Angebote keine Reaktion hervorrufen würden. Sie wolle das nicht als Kritik verstanden wissen, sondern lediglich als Hinweis.

Frau **Schulze** erwiderte, dass man diese Anregung mitnehmen wolle.

#### Zu TOP 6.

Energiekosten als Problem für Menschen mit geringem Einkommen  
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE / GAL

Herr **Grosch** erläuterte für seine Fraktion die Beweggründe für den Antrag. Er sehe die Gefahr des Eintritts von „Energiearmut“ und bat darum, Überlegungen zur Abwehr anzustellen. In anderen Städten wie z.B. Hannover habe man für derartige Zwecke Härtefallfonds eingerichtet.

Frau **Schulze** teilte mit, dass das Zahlenmaterial lediglich für das Versorgungsgebiet der GSW (Kamen, Bergkamen, Bönen) zur Verfügung stehe. Die Gesamtzahl der vorgenommenen Anschlussperren belaufe sich auf

weniger als 1 % der vorhandenen Anschlüsse. Weitergehende Maßnahmen halte sie angesichts der Zahlen für nicht notwendig.

Herr **Eichler** erläuterte die bei Erlangung der Kenntnis von vorgenommenen Anschlussperrungen bestehenden Möglichkeiten zur Tilgung von Rückständen und Aufhebung der Anschlussperrung.

Herr **Grosch** äußerte sein Unverständnis, weil man die Behandlung dieser Frage nicht auf geringe Fallzahlen reduzieren könne. Er wies erneut auf die extremen Preissteigerungen im Energiesektor hin.

#### Zu TOP 7.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Frau **Jung** wies darauf hin, dass bei Veranstaltungen auf dem Alten Markt durch die bestehende Enge vor den Bühnen Probleme für Menschen mit Einschränkungen bestehen würden.

Frau **Schulze** erwiderte, dass man die Problematik dem Kulturbereich anzeigen würde.

Herr **Fuhrmann** teilte mit, dass nach seiner Wahrnehmung die Anzahl der Vertreter aus den Behindertenverbänden, die an den Ausschusssitzungen teilnahmen, rückläufig sei und stellte sich die Frage, ob das mit der Neustrukturierung des Ausschusses zusammenhänge.

Herr **Aschhoff** meinte, dass auch nach seiner Auffassung die Zusammenlegung mit dem ehemaligen Familien- und Sozialausschuss von den Mitgliedern des Behindertenbeirates nicht gut aufgenommen worden sei. Er stelle sich die Frage, ob hier nicht parteienübergreifend eine Rolle rückwärts angebracht sei.

Frau **Filthaut** fragte nach, welcher Personenkreis denn eingeladen würde.

Frau **Schulze** erwiderte, dass der Personenkreis eingeladen würde, der auch an den Sitzungen der „alten“ Ausschüsse teilnahm.

#### Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau **Schulze** teilte mit, dass im Rahmen des Projektes **KIM** zum 01.06.2022 eine Vollzeitstelle besetzt werde. Angesichts des Zustromes aus der Ukraine sei dies eine sehr gute Nachricht. Auf Kreisebene würden demnächst weitere 10 Stellen zur Verfügung gestellt. Hiervon würde auch die Stadt Kamen eine weitere halbe Stelle entfallen.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Laßen  
Vorsitzende

gez. Schulze  
Schriftführerin